S 8 R 641/03

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Freistaat Bayern
Sozialgericht	Bayerisches Landessozialgericht
Sachgebiet	Rentenversicherung
Abteilung	20
Kategorie	Beschluss
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	S 8 R 641/03
Datum	06.04.2005

2. Instanz

Aktenzeichen	L 20 R 482/05 ER
Datum	15.09.2005

3. Instanz

Datum	-
-------	---

I. Die Vollstreckung aus dem Urteil des Sozialgerichts Würzburg vom 06.04.2005 Az.: [S 8 R 641/03](#) wird bis zur Erledigung des Rechtsstreits in der Berufungsinstanz ausgesetzt ([Â§ 199 Abs 2 Satz 1](#) des Sozialgerichtsgesetzes).

II. Außergerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten.

Gründe:

Das Sozialgericht Würzburg (SG) hat mit Urteil vom 06.04.2005 die Beklagte verpflichtet, der Klägerin eine Rente wegen voller Erwerbsminderung auf Zeit ab 01.12.2003 bis 30.11.2006 zu gewähren. Das SG stützt seine Entscheidung in erster Linie auf die von ihm bei dem Neurologen Dr.K. und dem Internisten Dr.S. eingeholten Gutachten. Obwohl diese Sachverständigen die Klägerin noch fähig erachteten, leichte Arbeiten mehr als sechs Stunden täglich zu verrichten, kam das SG zu dem Ergebnis, dass die Klägerin mit der ihr verbliebenen körperlichen Leistungsfähigkeit nicht mehr in der Lage sei, zu den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes erwerbstätig zu sein. Die Klägerin, bei der eine Encephalomyelitis disseminata (Multiple Sklerose) festgestellt worden sei, habe bei vernünftiger Betrachtung mit ihrem eingeschränkten

Leistungsvermögen keine reelle Chance, einen Arbeitsplatz zu erhalten. Die attestierten Funktionseinschränkungen, die Tätigkeiten mit häufigem Heben, Tragen oder Bewegen von Lasten über 6 Kilogramm und Tätigkeiten mit Absturzgefahr und erhöhter Unfallgefahr ausschließen sowie Tätigkeiten mit Anforderungen von guter Feingeschicklichkeit der Hände, führten ebenso wie die Notwendigkeit von unvorhersehbaren Arbeitsunterbrechungen zu einer wesentlichen Benachteiligung gegenüber von Mitbewerbern um einen Arbeitsplatz.

Die Beklagte hat gegen dieses Urteil am 27.05.2005 Berufung eingelegt, zu deren Begründung sie mit Schriftsatz vom 27.06.2005 vorträgt, die allein aufgrund der Einschränkung der Gebrauchsfähigkeit beider Hände sowie der Notwendigkeit, eine Tätigkeit wegen Sehstörungen unterbrechen zu können und jederzeit eine Toilette erreichen zu können, getroffene Entscheidung des SG könne nicht schlüssig nachvollzogen werden. Diese Beeinträchtigungen rechtfertigten nicht die Gewährung einer Rente wegen voller Erwerbsminderung, da eine schwere spezifische Leistungsbehinderung damit nicht verbunden sei.

Mit der am 05.07.2005 bei Gericht eingegangenen Berufungsbegründung beantragt die Beklagte auch, die Vollstreckung aus dem angefochtenen Urteil auszusetzen. Der Prozessbevollmächtigte der Klägerin beantragt, den Antrag der Beklagten zurückzuweisen. Ernsthafte Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Entscheidung des SG bestanden nicht.

Nach [Â§ 154 Abs 2](#) Sozialgerichtsgesetz (SGG) bewirkt die Berufung eines Versicherungsträgers Aufschub, soweit es sich um Beträge handelt, die für die Zeit vor Erlass des angefochtenen Urteils nachgezahlt werden sollen. Keine aufschiebende Wirkung tritt dagegen kraft Gesetzes für die Zeit nach Erlass des Urteils ein, wenn ein Versicherungsträger verurteilt wurde, dem Versicherten eine Rente zu zahlen. Der Versicherungsträger ist daher verpflichtet, die sog. "Urteilsrente" einzuweisen, die der Versicherte aber wieder zu erstatten hat, wenn das Urteil des Erstgerichts auf die Berufung hin oder in einem eventuellen Revisionsverfahren aufgehoben wird.

Auf Antrag oder von Amts wegen kann jedoch der Vorsitzende des für die Berufung zuständigen Senats des Landessozialgerichts gemäß [Â§ 199 Abs 2 SGG](#) durch einstweilige Anordnung die Vollstreckung aus dem Urteil aussetzen, soweit die Berufung gemäß [Â§ 154 Abs 2 SGG](#) keine aufschiebende Wirkung hat. Nach der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts (BSG) soll eine Aussetzung allerdings nur dann erfolgen, wenn das Rechtsmittel offensichtlich Aussicht auf Erfolg hat ([BSG 12, 138](#); 33, 118, 121). Nach der herrschenden Meinung in Literatur und Rechtsprechung ist der Auffassung des BSG nicht uneingeschränkt zu folgen und eine Aussetzung der Vollstreckung auch dann anzuordnen, wenn es nur überwiegend wahrscheinlich ist, dass der Leistungsträger mit seinem Rechtsmittel jedenfalls in wesentlichem Umfang Erfolg haben wird (s. Niesel, Der Sozialgerichtsprozess, 4. Aufl, Rdnr 400; Meyer-Ladewig, SGG, 7. Auflage, [Â§ 199](#) Rdnrn 8 und 8a mwN). Zu berücksichtigen ist auch, ob in der Zwischenzeit geleistete Beträge nach Aufhebung des Urteils dann eingetrieben werden

kÄ¶nnen. Das Interesse des LeistungstrÄ¶gers an der RÄ¶ckerstattung der Leistung ist umso hÄ¶her zu bewerten, je grÄ¶Ä¶er die Erfolgsaussichten der Berufung des LeistungstrÄ¶gers einzuschÄ¶tzen sind. Dabei ist aber auch zu berÄ¶cksichtigen, dass insbesondere dann, wenn in absehbarer Zeit ein Anspruch auf Altersrente entsteht, der VersicherungstrÄ¶ger nach [Ä¶ 51 Abs 2 SGB I](#) aufrechnen kann bzw. sonst nach [Ä¶ 52 SGB I](#) eventuell einen anderen LeistungstrÄ¶ger mit der Verrechnung beauftragen kann.

Vorliegend Ä¶berwiegt die Wahrscheinlichkeit, dass die Beklagte mit ihrem Rechtsmittel jedenfalls in wesentlichem Umfang Erfolg haben wird. Nach den Feststellungen der vom SG gehÄ¶rten Gutachter Dr.K. und Dr.S. kann die KlÄ¶gerin mehr als sechs Stunden tÄ¶glich zumindest leichte Arbeiten in wechselnder Stellung in geschlossenen RÄ¶umen verrichten. Dabei mÄ¶ssen TÄ¶tigkeiten mit besonderer nervlicher Belastung, TÄ¶tigkeiten an unfallgefÄ¶hrdeten ArbeitsplÄ¶tzen, TÄ¶tigkeiten mit besonderer Belastung des Bewegungs- und StÄ¶tzsystems und TÄ¶tigkeiten unter ungÄ¶nstigen Ä¶uÄ¶eren Bedingungen vermieden werden. Zudem ist die GebrauchsfÄ¶higkeit beider HÄ¶nde eingeschrÄ¶nkt, da keine besonderen Anforderungen an die Feinmotorik der HÄ¶nde gestellt werden dÄ¶rfen. Es sollte zudem die MÄ¶glichkeit bestehen, zeitweise fÄ¶r 15-20 Minuten eine TÄ¶tigkeit bei SehstÄ¶rungen zu unterbrechen. Eine Toilette sollte jederzeit gut erreichbar sein.

GemÄ¶Ä¶ [Ä¶ 43 Abs 3 SGB VI](#) ist nicht erwerbsgemindert, wer unter den Ä¶blichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes mindestens 6 Stunden tÄ¶glich erwerbstÄ¶tig sein kann; dabei ist die jeweilige Arbeitsmarktlage nicht zu berÄ¶cksichtigen. Das SG sieht die KlÄ¶gerin wegen der Auswirkungen der bei ihr festgestellten GesundheitsstÄ¶rungen nicht mehr in der Lage, zu den Ä¶blichen Bedingungen des Arbeitsmarktes erwerbstÄ¶tig zu sein. Nach der stÄ¶ndigen Rechtsprechung des BSG lÄ¶sst das LeistungsvermÄ¶gen eines Versicherten eine ErwerbstÄ¶tigkeit unter den Ä¶blichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes mÄ¶glicherweise dann nicht zu, wenn wegen der Summierung ungewÄ¶hnlicher LeistungseinschrÄ¶nkungen bzw. wegen schwerer spezifischer Leistungsbehinderung keine Arbeitsstellen zur VerfÄ¶gung stehen. In solchen FÄ¶llen muss der LeistungstrÄ¶ger konkret einen geeigneten Arbeitsplatz benennen. Die bei der KlÄ¶gerin vorliegenden LeistungsstÄ¶rungen scheinen auch in ihrer Kombination keine Summierung ungewÄ¶hnlicher LeistungseinschrÄ¶nkungen darzustellen und die von Dr.S. geforderte MÄ¶glichkeit, zeitweise fÄ¶r etwa 15-20 Minuten eine TÄ¶tigkeit bei SehstÄ¶rungen zu unterbrechen, kann nicht als so schwere spezifische Leistungsbehinderung eingestuft werden, dass deshalb unter den Ä¶blichen Bedingungen des Arbeitsmarktes keine ErwerbstÄ¶tigkeit mÄ¶glich wÄ¶re. Eine endgÄ¶ltige Beurteilung des LeistungsvermÄ¶gens der KlÄ¶gerin ist jedoch erst nach DurchfÄ¶hrung weiterer Ermittlungen durch den Senat mÄ¶glich.

Unter diesen UmstÄ¶nden besteht unter AbwÄ¶gung einerseits des Interesses der KlÄ¶gerin an der Vollstreckung des Urteils und andererseits des Interesses der Beklagten daran, vor endgÄ¶ltiger Klarstellung der Rechtslage nicht leisten zu mÄ¶ssen, Anlass, die Vollstreckung aus dem mit der Berufung angefochtenen Urteil

des SG WÃ¼rzburg auszusetzen.

Die Entscheidung Ã¼ber die Kosten beruht auf [Â§ 193 Abs 4 SGG](#).

Diese Anordnung ist unanfechtbar; sie kann jederzeit aufgehoben werden ([Â§ 199 Abs.2 Satz 3 SGG](#)).

Erstellt am: 28.12.2005

Zuletzt verÃ¤ndert am: 22.12.2024